

zu bezahlen. Vielfach ist sie auch unwissend. So werden denn neben mangelhaften hygienischen Bedingungen vor allem die unzureichenden Impfungen für den Ausbruch der Krankheit verantwortlich gemacht. Zwar gibt es in jedem Sommer Enzephalitis-Fälle, aber in den vergangenen Jahren hat sich deren Zahl meist um 100 bewegt.

Die Provinz Guangdong, in der SARS zuerst identifiziert wurde, scheint aus den Erfahrungen mit dieser Krankheit gelernt zu haben. So hat die Provinz dieses Mal die Enzephalitis-Fälle sofort der WHO gemeldet. Außerdem hat sie sogleich einen Maßnahmenkatalog aufgestellt, um die Krankheit unter Kontrolle zu bringen. Dazu zählen die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Kontrolle der Behandlung, Impfprogramme, eine Hygienekampagne zur Ausrottung von Mücken sowie der Aufbau eines effektiven Meldesystems und eines Notfallsystems im öffentlichen Gesundheitswesen. Die Gesundheitsämter haben eine kostenlose Impfkampagne eingeleitet und innerhalb weniger Tage fast 30.000 Kinder im Alter von 1 bis 10, die nicht gegen Enzephalitis geimpft waren, geimpft.

Unterdessen wächst in Hongkong die Sorge, dass die Krankheit auf Hongkong übergreifen könnte. Seit dem Ausbruch von SARS sehen sich sowohl Guangdong als auch Hongkong genötigt, in direkten Kontakt zu treten und die Information über die Krankheit zu intensivieren, um diese besser eindämmen zu können. Dieses Mal scheint es in dieser Hinsicht weniger Probleme zu geben als bei SARS. (Vgl. SCMP, 16., 17., 20.6.03; XNA, 22.6.03; *Ta Kung Pao*, Hongkong, 25.6.03, nach BBC PF, 25.6.03.) -st-

## 20 Kein Nachschub für Eliten-Samenbank

Vor vier Jahren wurde in Chengdu vom dortigen Zentrum für technische Anleitung in der Geburtenplanung eine Samenbank für Elitenachwuchs gegründet, die erste ihrer Art in China. Sie akzeptiert nur Spender mit einem akademischen Grad. Die Hürden für potenzielle Spender sind allerdings relativ hoch. Diese müssen einen aufwändigen Gesundheitscheck durchlaufen, bei dem 20 Faktoren un-

tersucht werden und der bis zu einem halben Jahr dauern kann. Die Spender müssen unter 60 Jahre alt sein und dürfen keinerlei Erbkrankheiten in der Familie aufweisen. Qualifizierte Spender werden in drei Kategorien eingeteilt: solche mit einem akademischen Grad, der mindestens dem eines außerordentlichen Professors entspricht; Sport- oder Unterhaltungsstars und hochrangige Manager oder Banker. Das Konzept ist umstritten, zum einen weil man in der chinesischen Gesellschaft künstlicher Befruchtung im Allgemeinen reserviert gegenübersteht, zum anderen weil hier besonders Eliten produziert werden sollen. So ist die Samenbank denn auch bislang wenig erfolgreich. Insgesamt hat es bisher nur knapp 20 Spender gegeben, und nur vier Ehepaare wurde zu einem Baby verholfen. Das älteste Kind, das mithilfe des Samens aus der Samenbank für Eliten gezeugt wurde, ist zwei Jahre alt. Das Zentrum verfolgt die Entwicklung des Kindes und plant einen wissenschaftlichen Bericht darüber.

Methoden der Reproduktionstechnologie werden in China seit 1982 angewendet. Der Bedarf ist seitdem stetig gewachsen, denn nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind in China rund zehn Prozent aller Ehepaare im Zeugungsalter unfruchtbar. Man schätzt, dass etwa eine Million Ehepaare künstliche Befruchtung versuchen wollen. Das Gesundheitsministerium hat 2001 die Kontrolle über medizinische Einrichtungen, die künstliche Befruchtung durchführen, verschärft. Um möglichem Inzest vorzubeugen, dürfen Spender z.B. höchstens fünfmal Samen spenden, und die Frauen, die künstlich befruchtet werden, müssen in verschiedenen Regionen leben. Ob auf die Intelligenz eines durch künstliche Befruchtung gezeugten Kindes Einfluss genommen werden kann, wird auch von chinesischen Fachleuten bezweifelt. Einer der führenden Genetiker Chinas, Prof. Zhang Sizhong, glaubt nicht, dass der Samen hoch intelligenter Männer besser ist als der anderer Männer. Das besagte Zentrum jedoch ist überzeugt, zum Wohle von Chinas Ein-Kind-Politik zu arbeiten. (Vgl. XNA, 12.6.03) -st-

## Außenwirtschaft

### 21 Indien bietet engere Wirtschaftskooperation an

Während seines Chinabesuches sprach sich der indische Premierminister Atal Bihari Vajpayee für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aus. Dass rd. 90 Spitzenmanager indischer Unternehmen den Ministerpräsidenten nach China begleiteten, unterstrich den Wirtschaftsschwerpunkt der Reise.

Beim Zusammentreffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao, Präsidenten Hu Jintao und seinem Vorgänger Jiang Zemin in Beijing standen neben politischen vor allem wirtschaftliche Aspekte einer stärkeren Annäherung im Vordergrund der bilateralen Gespräche. Während der Eröffnungsfeier eines Center of Indian Studies an der Beijing-Universität wies der indische Ministerpräsident auf die komplementären Stärken Indiens und Chinas in den Bereichen Computer Soft- und Hardware hin. Vajpayee kündigte an, dem Center of Indian Studies jährlich rd. 1 Mio. Rupien (21.500 US\$) als Unterstützung sowie Stipendien für Studenten des Zentrums in Indien zur Verfügung zu stellen.

In Beijing unterzeichnete Vajpayee eine Reihe von Abkommen, die zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen beitragen werden. Hierzu zählt eine Vereinbarung über den Austausch von Ausbildungspersonal und hochrangigen Beamten aus dem Rechtswesen, über eine Vereinfachung von Visaformalitäten sowie über Gesundheitsstandards für den Export indischer Mango-Früchte nach China. Weitere Kooperationen betreffen die Bereiche erneuerbare Energieressourcen, Meereswissenschaften und Kulturaustausch bis zum Jahre 2005.

Während seines Besuches in Shanghai hob der indische Ministerpräsident auf dem Forum „India and China: Opportunities and Challenges for IT Industry“ die zentrale Rolle der Kooperation im IT-Sektor für die bilateralen Beziehungen hervor. Auf dem „Sino-

Indian IT Industry Forum“ tauschten chinesische und indische Unternehmensvertreter Informationen über die mögliche Zusammenarbeit in den Bereichen Telekommunikation, Software, Finanzdienstleistungen sowie IT-Ausbildung aus. Vajpayee zufolge stellen die Olympischen Spiele 2008 in Beijing eine gute Gelegenheit der Kooperation von IT-Unternehmen beider Länder dar.

Vajpayee erläuterte auf dem Forum auch das nationale „E-Governance“-Programm Indiens, das öffentliche Dienstleistungen an der Basis mit solchen auf der Makroebene verbindet. Auch in diesem Bereich sieht der indische Ministerpräsident Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Für Indien stelle China ein wichtiger Software-Markt dar, da Schätzungen zufolge die Zahl der IT-Produkte nutzenden Bevölkerung in den kommenden zwei Jahren auf rd. 80 Mio. Personen anwachsen wird. Auch die indische IT-Industrie habe sich in den letzten Jahren schnell entwickelt. So sei die Marktkapitalisierung der indischen Software-Unternehmen innerhalb von vier Jahren von 4 Mrd. US\$ im Jahre 1999 auf nunmehr 50 Mrd. US\$ gestiegen. Das Volumen der Software-Exporte habe sich auf rd. 10 Mrd. US\$ erhöht. China habe ebenfalls eine bemerkenswerte Entwicklung der IT-Industrie aufzuweisen. Allein das Volumen der Hardware belaufe sich bereits auf 25 Mrd. US\$.

Die bisherige Wirtschaftskooperation beider Länder befindet sich noch in einem Anfangsstadium und bietet viele Entwicklungsmöglichkeiten. Mit der politischen Annäherung und der Lösung verschiedener außenpolitischer Konflikte im bilateralen Verhältnis verbessern sich die Voraussetzungen für die Ausweitung der Wirtschaftskontakte. Im Jahre 2002 belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf 4,95 Mrd. US\$, ein Anstieg um 37,6% gegenüber dem Jahr 2001. In den ersten fünf Monaten d.J. nahm das gemeinsame Handelsvolumen sogar um 70% zu und betrug 2,9 Mrd. US\$. Während China Güter im Wert von 1,68 Mrd. US\$ aus Indien importierte, lag das chinesische Exportvolumen nach Indien bei 1,22 Mrd. US\$.

Bis Ende 2002 gab es 15 chinesische Unternehmen, die sich in Indien niedergelassen hatten. Ihr vertrag-

liches Investitionsvolumen beläuft sich auf 37,2 Mio. US\$. Investitionsbereiche sind Handel, Maschinenbau und Haushaltselektronik. Indien weist dagegen bereits 71 Investitionsprojekte mit einem vertraglichen Investitionsvolumen von 188 Mio. US\$ in China auf. Investitionsfelder indischer Unternehmen in China sind Pharmazie, feuerfeste Materialien und Verpackungen.

In einem Gespräch zwischen dem chinesischen Handelsminister Lu Fuyuan und seinem indischen Kollegen Arun Jaitley wurde eine Expansion des bilateralen Handelsvolumens auf rd. 10 Mrd. US\$ bis zum Jahre 2005 anvisiert. Jaitley schlug außerdem die Gründung einer Gemischten Kommission vor, die sich baldmöglichst mit Fragen der Ausweitung von Handel und anderen Formen der Zusammenarbeit beschäftigen soll. Aus Sicht Jaitleys hätten beide Länder als wichtige Mitglieder in der WTO große Gemeinsamkeiten und sollten in vielen Bereichen kooperieren. (AWSJ, 24., 28.6.03; XNA, 23., 25., 26.6.03; FAZ, 23.6.03) -schü-

## 22 Chinas IT-Industrie drängt auf US-amerikanischen Markt

Einer Studie des US-Branchenverbandes AeA zufolge, zählte China im Jahre 2002 zu den wichtigsten Lieferanten von Hochtechnologieprodukten der USA. Die Gesamteinfuhr der USA belief sich auf 220 Mrd. US\$. Mit einem Anteil von 35 Mrd. US\$ überholte China Mexiko und Japan, die auf Platz zwei und drei zurückfielen. Insgesamt entfiel auf die asiatisch-pazifischen Länder, also nicht nur China und Japan, sondern auch vor allem Malaysia, Taiwan, Südkorea und die Philippinen, zusammengenommen ein Volumen von 141 Mrd. US\$. In dem AeA-Bericht werden zur Hochtechnologie Computer, Büroausrüstungen, Verbraucherelektronik, Halbleiterprodukte, Kommunikationsprodukte und optische Erzeugnisse gezählt. Die Erfassung der chinesischen Lieferungen basiert auf US-Handelsstatistiken.

Aus Sicht von William Archey, Präsident von AeA, zeigt diese Entwicklung die zunehmende Produktionsverlagerung von US-Unternehmen nach

China. Chinesischen Statistiken zufolge wurden zwei Drittel der Elektronik-Exporte Chinas von Unternehmen mit Auslandskapital produziert. (NFA, 23.6.03)

Die zunehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit von chinesischen Produkten auf dem US-Markt wird von inländischen Unternehmen mit Argwohn beobachtet. So weist ein Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 6.6.03 darauf hin, dass die US-Unternehmen und Politiker die Förderpolitik der chinesischen Regierung gegenüber Halbleiterprodukten kritisieren. Um die Entwicklung der eigenen Halbleiterprodukt-Industrie zu unterstützen und die Importabhängigkeit bei Halbleiterprodukten zu reduzieren, setzte die Regierung vor allem steuerliche Anreize ein. Es geht dabei insbesondere um eine Steuerrückerstattung auf die 17% MWST; auch eine Rückerstattung der MWST bei importierten Materialien für die Chip-Herstellung ist unter bestimmten Bedingungen möglich. Nach Einschätzung von ausländischen Analysten soll dieser Anreiz auch Unternehmen nach China bringen, die bisher nur Halbleiterprodukte dorthin exportiert haben. Die steuerliche Vergünstigung könnte sich in einer Reduzierung des Endpreises um 1% niederschlagen und bis auf 10% steigen, wenn sich das Unternehmen auch für die Steuerrückerstattung auf Importmaterial qualifizieren kann.

Da dies erhebliche Margen in einem preislich sehr umkämpften Markt sind, ist die Beunruhigung der US-Unternehmen verständlich. So kritisierte die U.S. Semiconductor Industry Association die industriepolitische Förderung der chinesischen Regierung als „Diskriminierung von importierten Halbleiterprodukten“, die gegen die WTO-Regeln verstoße. Auch Interessenverbände von Unternehmen in Europa, Korea, Japan und Taiwan, die zusammen den World Semiconductor Council bilden, bezeichneten diese Politik als Diskriminierung. Sie forderten die chinesische Regierung auf, die steuerliche Vergünstigung auch auf Importprodukte anzuwenden.

Die Anreize zur Verlagerung von Hightech-Produkten, insbesondere von Halbleiterprodukten, nach China wird in den USA auch unter militärischen

Gesichtspunkten diskutiert. So wird befürchtet, dass hierdurch eine zu große Abhängigkeit entstehen könnte. Mit Blick auf die Zahl der bestehenden Halbleiterprodukt-Hersteller in China erscheint diese Befürchtung übertrieben zu sein. Andererseits wird sich wohl mittelfristig das Potenzial schnell ausweiten, da nach Schätzungen ausländischer Analysten Investitionen in Höhe von rd. 10% in der Pipeline sind.

Auch der Software-Bereich in China scheint für Investitionen US-amerikanischer Unternehmen an Attraktivität zu gewinnen. Aus Sicht ausländischer Analysten gibt es folgende vier Gründe dafür, die für einen schnellen Anstieg von ausländischen Direktinvestitionen im Software-Bereich sprechen:

- 1) wachsende Inlandsnachfrage;
- 2) beginnendes Outsourcen von Software-Entwicklung nach China in Anlehnung an das Modell Indien;
- 3) Durchsetzung von Copyrights und
- 4) verbesserte Ausbildung von Software-Ingenieuren.

Während in den letzten Jahren der Anstieg von ausländischen Direktinvestitionen im Hardware-Bereich sehr hoch war, gibt es erst ein relativ geringes Interesse im Software-Bereich. Nach Schätzung des US Information Technology Office gibt es in China ca. 3.000 Unternehmen, die Software entwickeln und 2.000 Unternehmen, die Software verkaufen. Allerdings sind nur zehn davon größere Unternehmen, die mehr als 1.000 Beschäftigte besitzen. Rund 55% der Unternehmen haben weniger als 50 Beschäftigte. Für den Umsatz sind Kontakte mit dem Staat von Bedeutung sowie Verkäufe an Neugründungen oder Joint-Venture-Unternehmen mit westlichen Partnerfirmen wie SAP, IBM oder Oracle.

Nach Schätzungen des US Information Technology Office hatten die Software-Unternehmen im Jahre 2002 einen Umsatz von 1,9 Mrd. US\$. Der Marktanteil der ausländischen Unternehmen belief sich auf 60-70%. Mittelfristig wird mit einem jährlichen Durchschnittswachstum von 26% bis zum Jahr 2007 und einem Anstieg des Umsatzes auf 6,2 Mrd. US\$ gerechnet.

Zu den größeren Software-Unternehmen, die entweder in Hongkong oder in westlichen Ländern börsennotiert sind, zählen beispielsweise Shanghai Baosight Software, das Software für Automatisierung herstellt, Xiamen Newsky, das sowohl Hard- als auch Software für Netzwerke produziert, Sichuan Topsoft Investment, das den Schwerpunkt auf Netzwerke sowie Hardware für die Industrie legt und Beijing UFsoft, das sich auf Anwendungs-Software konzentriert. Der private Software-Entwickler Chinasoft International hat gerade auf dem Hongkonger Growth Enterprises Market, das Börsensegment für Hightech-Unternehmen, eine Emission von 51,2 Mio. HK\$ realisiert.

Chinesische IT-Unternehmen denken inzwischen auch an eine Gründung von Unternehmen in den wichtigsten ausländischen Märkten. So bereitet die Legend Group Ltd., Chinas größter PC-Hersteller, seinen Markteintritt im Ausland vor. Hierfür wurde im April d.J. der englische Markenname in „Lenovo“ abgeändert. Die Herausforderung auf den Auslandsmärkten besteht insbesondere darin, den Markennamen bekannt zu machen und ein umfangreiches Verkaufs- und Servicenetzwerk wie in China aufzubauen. (AWSJ, 6., 19.6.03; XNA, 24.6.03; FAZ, 13.6.03; SCMP, 16.6.03) -schü-

### 23 Yuan-Aufwertung nicht in Sicht

Ende Juni d.J. kündigte das neu gewählte Komitee für Geldpolitik der Zentralbank auf seiner 1. Quartalsitzung an, dass an der Politik des „starken und stabilen Yuan“ festgehalten werde. Auf der Basis des derzeitigen Wirtschaftstrends würde die Politik stabiler Yuan-Einlagenzinsen und des stabilen Wechselkurses fortgesetzt und schrittweise marktbestimmte Zinssätze angestrebt. (AWSJ, 23.6.03)

Im neu zusammengesetzten Komitee ist der Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan der Vorsitzende; zwei stellvertretende Zentralbankpräsidenten (Wu Xiaoling und Li Ruogu) sind ebenfalls Mitglieder. Darüber hinaus gibt es folgende zehn hochrangige Vertreter (XNA, 16.6.03; SCMP, 17.6.03):

- You Quan, stellvertretender Generalsekretär des Hauptbüros des Staatsrates, der zuständig für Angelegenheiten des Finanzsektors ist;
- Zhu Zhixin, stellvertretender Minister der Staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission (SDRC);
- Jin Liqun, stellvertretender Finanzminister;
- Li Deshui, Direktor des Nationalen Statistikamtes;
- Guo Shuqing, Direktor der Staatlichen Devisenverwaltungsbehörde (SAFE);
- Liu Mingkang, Vorsitzender der China Banking Regulatory Commission;
- Shang Fulin, Vorsitzender der China Securities Regulatory Commission;
- Wu Dingfu, Vorsitzender der China Insurance Regulatory Commission;
- Xiao Gang, Präsident der China Association of Banks und Präsident der Bank of China;
- Li Yang, Direktor des Institute of Finance bei der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften.

Eine neue Zusammensetzung des Komitees wurde einerseits nach der Regierungsumbildung im Frühjahr d.J. notwendig, andererseits spiegelt sich darin auch die neue Aufsichtsstruktur über den Finanzsektor wider. Erstmals ist ebenfalls ein Mitglied des Staatsrates im Komitee vertreten, das nach Einschätzung ausländischer Analysten die Koordination zwischen dem Komitee und den Ministerien verbessern soll. (SCMP, 17.6.03)

Die Erklärung des Komitees für Geldpolitik der Zentralbank, dass der Wechselkurs nicht verändert wird, ist auch eine Reaktion auf das Drängen verschiedener großer Handelspartner Chinas, insbesondere Japans und in den letzten Wochen der USA. Der US-Finanzminister John Snow wiederholte im Juni, dass die USA die Entscheidung Chinas für eine Flexibilisierung des Wechselkurses unterstützen würden: „We understand that the Chinese government is interested in moving towards market-based, flexible exchange rates and that is something we support“. ([www.msnbc.com/local/wbre/UssSnoUS.asp?cp1=1](http://www.msnbc.com/local/wbre/UssSnoUS.asp?cp1=1),

11.7.03) Während Snow eher indirekt auf eine Aufwertung der chinesischen Währung drängt, werfen die US-amerikanischen Industrieverbände der chinesischen Regierung vor, den Wechselkurs künstlich niedrig zu halten, um durch diese Manipulierung eine größere preisliche Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exporte zu erreichen. (FAZ, 3.7.03) Aus Sicht von Wang Yuanhong, Ökonom am State Information Center in Beijing, ist eine Aufwertung nicht im Interesse Chinas, und für die chinesische Regierung habe das Interesse des Landes Vorrang. (AWSJ, 24.6.03)

Über die Vor- und Nachteile einer Aufwertung gibt es unterschiedliche Positionen. Zu den negativen Folgen einer Aufwertung zählt, dass sich der deflationäre Trend wieder verstärken könnte. Chinesische Unternehmen hätten dann noch größere Probleme, Gewinne zu erwirtschaften, und Banken kämen noch mehr unter Druck als bisher. Negative Auswirkungen werden bei einer Aufwertung vor allem für die Exporte erwartet, die sich dann verteuern würden. Dies könnte sich wiederum negativ auf den Zufluss von Auslandskapital auswirken und auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der exportorientierten Industrie. Von den negativen Auswirkungen würden ebenfalls die US-amerikanischen Unternehmen in China betroffen, die dort produzieren und ihre Produkte exportieren. So erzielte beispielsweise das US-Unternehmen Motorola im letzten Jahr einen Verkaufsumsatz von rd. 5,7 Mrd. US\$, davon wurden 2,6 Mrd. US\$ durch Exporte erwirtschaftet, die zu einem großen Anteil in die USA gingen. (AWSJ, 24.6.03)

Auch der US-Ökonom McKinnon warnt vor den negativen Folgen einer Flexibilisierung und Aufwertung. Bei einer Freigabe des Wechselkurses würde dieser stark steigen und damit einen enormen deflationären Druck auf die Binnenwirtschaft ausüben. Ein warnendes Beispiel sei der japanische Yen, der von Beginn der 70er Jahre bis Mitte der 90er Jahre eine Serie von Aufwertungen erlebt und die Wirtschaft in eine deflationäre Entwicklung mit einer Null-Zinssatz-Liquiditätsfalle getrieben habe. McKinnon geht davon aus, dass mit einem flexiblen Wechselkurs die private Haltung von Devisen in US-

Dollar mit einem höheren Risiko verbunden wird und deshalb die privaten US-Dollarbestände verkauft würden. Dieses Verhalten trägt nach McKinnon ebenfalls zu einer Aufwertung des Yuan bei. Er erwartet eine wiederholte Aufwertung, da der Überschuss in der chinesischen Zahlungsbilanz, bedingt durch hohe Zuflüsse von ausländischem Kapital für Direktinvestitionen durch den Leistungsbilanzüberschuss, liquide Dollar-Vermögenswerte schafft, die jedoch der private Sektor immer weniger gewillt sein wird zu halten. McKinnon geht weiter davon aus, dass mit fortschreitender Aufwertung das inländische Preisniveau zurückgeht und dadurch Druck auf die Zinssätze ausgeübt wird.

Aus der Sicht von McKinnon ist nicht die Frage von Bedeutung, was der richtige Wechselkurs ist, ob dieser bei sieben, acht oder neun Yuan zum US-Dollar stehen sollte. Entscheidend sei vielmehr ein stabiler Wechselkurs, der das Wechselkursrisiko ausschließt und die chinesischen Sparer dazu ermutigt, weiter Einlagen in US-Dollar zu halten. (AWSJ, 27.6.03; siehe im Einzelnen dazu auch das Diskussionspapier von Gunther Schnabl und Ronald McKinnon, „Wechselkurs und Deflation in China“, in: <http://www.econ.stanford.edu/faculty/workp/swp03007.html>)

Um den Aufwertungsdruck zu senken, hat die Zentralbank verschiedene Maßnahmen erwogen. Dazu zählt, dass chinesische Top-Unternehmen ihre ausländischen Devisenerlöse zukünftig in Anleihen im Ausland investieren können. Einem Bericht der *Financial Times* zufolge sollen kreditwürdige chinesische Unternehmen Anleihen in den USA, Europa, Hongkong und in anderen Ländern kaufen dürfen. Für die Abwicklung könnte die Hongkong Monetary Authority (HKMA), die Hongkonger Zentralbank, zuständig sein. (FT, 1.7.03) -schü-

## 24 EU-Handelskommissar will bilaterale Handelsbeziehungen stärken

Der EU-Handelskommissar Pascal Lamy reiste Mitte Juni d.J. nach China, um mit der neuen politischen Führung über die Umsetzung der Doha De-

velopment Agenda (DDA) der WTO und über eine Intensivierung der bilateralen Handelsbeziehungen zu sprechen. Auch die bisherigen Fortschritte Chinas in der Implementation der WTO-Vereinbarungen sowie die Auswirkungen der Aufnahme neuer EU-Mitgliedsländer wurden diskutiert.

Während des zweitägigen Besuchs traf Lamy mit dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao, mit dem Handelsminister Lu Fuyan sowie dem Direktor der General Administration of Quality Supervision, Inspection and Quarantine (AQSIQ) Li Changjiang zusammen. (XNA, 13.6.03)

In seiner Rede vor der EU Chamber of Commerce in Beijing am 13.6.03 wies Lamy darauf hin, dass der chinesischen Seite die Vorteile der EU-Erweiterung um 10 neue Mitgliedsländer vorgestellt wurden. Diese Entwicklung werde dazu beitragen, dass sich die EU-China-Beziehungen vertiefen und der bilaterale Handel erhöhen werde. Offensichtlich scheint Wen Jiabao nur beschränkt von den Vorteilen überzeugt zu sein, da Lamy bemerkte: „It is of course true that we all have to work hard to persuade China that this is an extremely positive development for her.“

Lamy ging in seiner Rede auch auf das Treffen mit Li Changjiang ein. Dieser habe die Aufhebung der Importrestriktion gegenüber holländischen Importen zugesagt, allerdings erst nach der technischen Inspektion Ende Juni d.J. durch chinesische AQSIQ-Vertreter in Holland.

Ein wichtiger Punkt in seiner Rede vor der EU-Außenhandelskammer war die Frage, welche Fortschritte bei der Implementation der WTO-Vereinbarungen rd. 1,5 Jahre nach der Unterzeichnung feststellbar sind. Auf der Negativseite benannte Lamy die Verzögerung, mit der Automobilkonzerne für den Kfz-Kauf Konsumentenkredite anbieten können. Auch die neuen Bestimmungen über Mergers and Aquisitions beinhalteten eher unklare Mechanismen, mit denen der Kauf lokaler Unternehmen durch ausländische Unternehmen kontrolliert werden soll. Weiterhin gebe es neue Regeln über die Tätigkeit von ausländischen Unternehmen im Außenhandel, die nicht zuvor im WTO-Aufnahmeprotokoll enthalten gewesen seien.

Dies treffe auch für den Telekom-Sektor zu.

Der Gesamteindruck, den Lamy von Chinas Einhaltung der WTO-Vereinbarungen habe, sei jedoch gut. Es gebe zwar Beschwerden über die Erfüllung von Zusagen, doch seien diese eher die Ausnahme als die Regel. Allerdings gebe es nach wie vor eine Tendenz, lokale gegenüber ausländischen Unternehmen zu bevorzugen. Aus diesem Grunde sei die Zusammenlegung des Außenhandelsministeriums mit dem Ministerium für Binnenhandel zu einem einzigen Organ ein wichtiger Fortschritt.

Lamy wies noch auf einige Probleme in den Bereichen Finanzdienstleistungen hin. So sei die Kapitalanforderung so gestaltet, dass dadurch die staatseigenen Banken in ihrer Position gegenüber ausländischen Banken gestärkt würden. Die EU-Seite halte die Kapitalanforderung an die Banken für überzogen. So würden ausländische Banken in China 72 Mio. Euro benötigen, um vergleichbare Geschäfte wie in der EU mit einem Kapital von 5 Mio. Euro abzuschließen. Diese Auflage hat Lamy zufolge eine direkte Auswirkung auf den Marktzugang.

In seiner Rede wies Lamy auch darauf hin, dass Chinas weltwirtschaftliche Integration weiter Fortschritte gemacht habe. Im Jahre 2002 sei China zur viertgrößten Außenhandelsnation aufgestiegen (nach den USA, der EU und Japan). Für die EU sei China zum drittgrößten Handelspartner geworden und habe damit Japan überholt. ([www.europaworld.org/week133/speechlamy13603.htm](http://www.europaworld.org/week133/speechlamy13603.htm), 13.6.03)

Auch nach der Lösung der Handelsstreitigkeiten über den Import von Rindfleisch und Käse aus Holland, gibt es noch ungelöste Konflikte in den bilateralen Beziehungen. So besteht nach wie vor ein Moratorium über verschiedene Nahrungsmittel aus China, die von EU-Wissenschaftlern als stark gesundheitsbelastend bezeichnet wurden. Hierbei handelt es sich vor allem um chinesische Schalentiere, Kaninchenfleisch und Honig. Im Gegenzug hatte China nicht nur einen Importstopp über Rindfleisch und Käse aus Holland verhängt, sondern auch die Einfuhr von Kosmetik aus der EU gestoppt. (FT, 14./15.6.03) -schü-

## Binnenwirtschaft

### 25 Standard and Poor's weisen auf Schwäche der Banken hin

Anfang Juni d.J. veröffentlichte die Ratingagentur Standard and Poor's (S&P) einen Bericht über das chinesische Bankensystem, in dem auf die Probleme bei der Reform der Banken hingewiesen wird. Schätzungen von S&P zufolge beläuft sich der Umfang der Not leidenden Kredite auf rd. 50% des gesamten Kreditvolumens. S&P sieht dadurch die zukünftigen Wachstumsaussichten des Landes gefährdet. Ein deutlicher Rückgang des BIP-Wachstums würde zum Einbruch der Staatseinnahmen führen und könnte dadurch politische Instabilitäten auslösen.

Nach S&P ist das chinesische Finanzsystem ineffizient, da Banken eine quasi-fiskalische Funktion erfüllen. Sie haben den staatlichen Kreditwünschen zu entsprechen, doch könnten die Staatsunternehmen oftmals die Kredite nicht zurückzahlen. Als Folge habe sich die Qualität der Kreditstruktur in den Banken verschlechtert. Würden die Banken streng nach internationalen Standards bewertet, müssten sie Insolvenz anmelden. S&P geht davon aus, dass die Übernahme der Eventualverbindlichkeiten des gesamten Finanzsektors zu einem Anstieg der staatlichen Verschuldung auf 80-90% des BIP führen könnte. Hierdurch würde sich die Kreditbewertung Chinas wesentlich verschlechtern.

Die chinesische Regierung hat nach Einschätzung von S&P den *trade-off* zwischen schneller Reduzierung der Not leidenden Kredite und Realisierung eines hohen Wirtschaftswachstums erkannt. So hätte sie auf eine Veränderung der Kreditvergabepraxis gedrängt und gleichzeitig die ausreichende Kreditversorgung der Unternehmen gesichert. Die Regierung befürchtet eine Welle von Konkursen der Staatsunternehmen, sollten diese keine Kredite mehr erhalten. Eine langsame Reform des Finanzsektors erlaubt dagegen eine vorübergehende Beschäftigungssicherung in den Staatsunternehmen sowie Outputwachstum, resultiert jedoch in steigenden Not leidenden Krediten und einer wachsenden Staatsverschuldung.

Die chinesische Regierung sollte die Banken verfolgen und müssten diese aus eigener Kraft den Abbau ihrer Not leidenden Kredite durchführen, dann könnte die Reduzierung dieser Kredite auf ein Niveau von rd. 5% nach Einschätzung von S&P 10-20 Jahre dauern. (Standard and Poor's, *China: Banking on Reform*, 4.6.03)

Offizielle Angaben zum Umfang der Not leidenden Kredite liegen deutlich unter den Schätzungen von S&P. So gab Liu Mingkang, Vorsitzender der China Banking Regulatory Commission (CBRC), im letzten Monat bekannt, dass die Höhe der Not leidenden Kredite der vier großen Staatsbanken im März 2003 um 1,99 Prozentpunkte gegenüber Ende 2002 auf 24,1% zurückgegangen sei. (AWSJ, 23.6.03)

In ihrem Jahresbericht für 2002 gibt die China Construction Bank (CCB) an, dass zwar ihr Nettogewinn um 17% auf 4,3 Mrd. Yuan (2001: 5,17 Mrd. Yuan) gesunken sei, sich der Betriebsgewinn jedoch um 10% auf 30,74 Mrd. Yuan erhöht habe. Aufgrund der guten Geschäftslage rechnet die Bank damit, dass sie ihre Altbestände an Not leidenden Krediten abbauen kann. Im Jahre 2002 seien bereits 15,5 Mrd. Yuan dieser Kredite zurückgeführt und damit die Quote der Not leidenden Kredite von 19,21% im Jahre 2001 auf 15,17% im Jahre 2002 gesenkt worden. (AWSJ, 9.6.03)

Mitte Juni kündigte die CCB auch an, dass es ihr bis zum Jahre 2004 gelingen wird, ihre Not leidenden Kredite auf weniger als 10% zu reduzieren. Bis Ende des Jahres will die Bank nach Angaben ihres Präsidenten die Not leidenden Kredite um 4% auf 12% der Gesamtkredite zurückgeführt haben. (XNA, 13.6.03)

Auch die Bank of China (BOC) wies in einem Juni-Bericht darauf hin, dass sie Not leidende Kredite abbauen konnte. Bis Ende Mai soll die Quote um 2,45 Prozentpunkte auf 20% der Gesamtkredite gefallen sein. Die BOC gibt das Volumen der abgebauten Not leidenden Kredite mit 14,9 Mrd. Yuan